

Dokument Nr.	Was ist es?	Datum	Verfasser	Dokumente	Adressat(en)	Inhalt	Kommentar
000	offizielle Anfrage nach IFG auf fragdenstaat.de	19.11.21 b3					
001	offizielles Anschreiben der UN / Nils Meizer an die BRD	26.09.21	Beatrix Balbin / OHCHR	BMI Katharina Stasch, deutsche UN Botschaftern		Meizer wurde auf diverse Fälle exzessiver Polizeigewalt auf Demos von Corona-Kritikern hingewiesen. Aufgrund der Vielzahl der Fälle werden 7 Fälle nicht verhältnismäßig war. Meizer sprach mit Opfern & Zeugen und konnte auch die Einsatzberichte der Polizei einsehen. Er weist deutlich darauf hin welche enge Grenzen die UN Menschenrechtskonvention bei der Anwendung polizeilicher Gewalt setzen, und wie diese Grenzen hier verletzt wurden. Details siehe übersetzte Version, Dokument 007. Er sieht einen besorgniserregenden Trend in Deutschland der eine umgehende Untersuchung und Abstellung dieser Vorgänge nötig macht. Er macht deutlich, wie stark Videos solcher Polizeigewalt das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen untergraben. Er ersucht die Bundesregierung und die Polizei auch, davon abzurücken die Gesellschaft zu spalten, sondern, in einen Dialog zu treten. Es werden insgesamt 6 konkrete Fragen zu Polizeigewalt gegen „Querdenker“ im speziellen, aber auch ganz allgemein in Deutschland gestellt. Details Siehe übersetztes Dokument 007. Gesetze Frist für die Antwort sind 60 Tage, die Veröffentlichung auf der UN website wird angekündigt.	Die Einsatzberichte der Polizei die an Meizer übermittelt wurden, wurden bereits über IFG, anfordern 9.10.2020, 1.5.2021, 24.7.2021, 1.8.2021
002	Email mit der Ablehnung der Zuständigkeit des BMI	02.09.21	BMI Referat V 1 4	Auswärtiges Amt, Abt. OR 06 (Menschenrechte und Genderfragen) BMI Referat B 2		Das BMI sagt, das AA hat die Koordinierung zu übernehmen.	Es wird von „angeblicher Polizeigewalt“ gesprochen! Anhang fehlt!
003	Email bzgl. Koordinierung im BMI, im Emailverlauf, AA übernimmt widerstrebend die Koordination.	09.09.21	BMI Referat V 1 4			Referat V 1 4 (Europarecht, Völkerrecht) möchte weiter koordinieren, schiebt aber die Arbeit auf Referat B 2 ab (Führungs- und Einsatzangelegenheiten der Bundespolizei, Seesicherheit).	Das AA weist auf mehrfache Anfragen aus dem Parlament und auf der Regierungspressekonferenz hin, sowie auf „großen Widerhall in den sozialen Medien.“ Anhang fehlt!
004	Info-Email an großen Verteiler bzgl. Koordinierung im BMI	09.09.21	BMI Referat V 1 4				Unwichtig, da später noch eine komplette Übersetzung folgt
005	Email, Dokument: Das AA schickt eine Teilübersetzung an alle Bundesländer	14.09.21	Cord-Henrik Moeller, Auswärtiges Amt Abt. OR 06 (Menschenrechte und Genderfragen)		Auswärtiges Amt, Abt. OR 06 (Menschenrechte und Genderfragen) Alle Landesministerien, CC Merz-Jürgen, Andreas Geisel		
006	Email: Das AA schickt eine komplette Übersetzung an alle Bundesländer	20.09.21	Cord-Henrik Moeller, Auswärtiges Amt Abt. OR 06 (Menschenrechte und Genderfragen)		Alle Landesministerien		
007	Dokument: auf Deutsch übersetztes Anschreiben der UN / Nils Meizer an die BRD	20.09.21				7 Fälle von Polizeigewalt werden detailliert geschildert, davon einer in Dresden am 19.4.21 und 6 Fälle in Berlin am 1.8.21. Meizer legt dar, dass in diesen Fällen die Polizeigewalt in 4 Fällen keinen rechtmäßigen Zweck erfüllte, dass die Notwendigkeit und die Verhältnismäßigkeit in allen 7 Fällen nicht gegeben war und dass das Erfordernis der polizeilichen Umsicht ebenfalls in allen 7 Fällen nicht gegeben war.	Es wird außerdem darum ersucht, weitere Rechtsverletzungen dieser Art einzustellen und ihr erneutes Auftreten zu verhindern, sowie dafür zu sorgen dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.
008	Dokument: Antworten des BMI auf die Fragen	27.09.21	BMI Referat B 2		Cord-Henrik Moeller, AA + weitere	Konkrete Fragen an die Bundesregierung: 1. Bitte legen sie alle verfügbaren Informationen und Kommentare zu den 7 Fällen vor. 2. Bitte legen sie Informationen zu den Ermittlungen gegen die gewalttätigen Polizisten vor, sowie die Ermittlungen zu dem generellen Muster der unverhältnismäßigen Polizeigewalt momentan in Deutschland 3. Bitte um Erläuterung wie Täter und Vorgesetzte zur Rechenschaft gezogen werden, sowie Opfern Wiedergutmachung und Rehabilitation zuteil gemacht werden. 4. Bitte legen sie Infos zu Mechanismen vor, wie gegen Polizeigewalt wirksam Beschwerde eingelegt werden kann und wie dies unparteilich und transparent überprüft wird 5. Bitte legen sie detaillierte Daten zu Beamten vor, die 2020 auf Versammlungen Gewalt angewendet haben. 6. Bitte erläutern sie wie polizeiliche Briefings dahin angepasst werden, dass sie den Menschenrechtsverpflichtungen Deutschlands entsprechen. Zur Wiedergutmachung und Rehabilitation der Opfer wird geschwiegen. Der Wortbeauftragte im BKA könne perspektivisch Ansprechpartner der Bürger bei Polizeigewalt werden. Wie WIRKSAM Beschwerde eingelegt werden kann, wird nicht erläutert.	Die Antworten betreffen nur die Bundespolizei. Die Referate B1 (Grundsatzangelegenheiten), BP (Inspekteur der Bereitschaftspolizeier Länder), OS1 (Grundsatz Polizei und Strafverfolgung) und VM haben mitgezeichnet.
						Es 10 Ermittlungsverfahren gegen Bundespolizisten wegen Körperverletzung im Amt vor, ein Disziplinarverfahren wurde nur in einem Fall eingeleitet. Es liegen jedoch keine Anzeigen wegen Polizeigewalt auf Demos vor.	Die Antworten auf Frage 5 zeigen, dass eine wirksame Weise Beschwerde gegen Polizeigewalt einzulegen nicht existiert, da fast alle Fälle eingestuft werden und kaum Beamte echte Konsequenzen, über Geldstrafen hinaus, zu befürchten haben.

	Dokumente
009	<p>Email: Das AA erinnert an den Abgabeschluss am 29.9.</p> <p>28.09.21 Cord-Henrik Moeller, Auswärtiges Amt Abt. OR 06 (Menschenrechte und Genderfragen)</p> <p>Alle Landesinnenministerien</p>
010	<p>Email: Das AA verteilt eine erste Vorabversion der Antworten der Länder, die im AA zusammengeführt und kommentiert wurde.</p> <p>13.10.21 Cord-Henrik Moeller, Auswärtiges Amt Abt. OR 06 (Menschenrechte und Genderfragen)</p> <p>Alle Landesinnenministerien</p>
011	<p>Dokument: Zusammenfassung der Antworten der Länder, mit Anmerkungen und Korrekturen</p> <p>13.10.21 Cord-Henrik Moeller, Auswärtiges Amt Abt. OR 06 (Menschenrechte und Genderfragen)</p> <p>alle beteiligten BMI Referate</p>
012	<p>Email: Das BMI formuliert eine Vorbemerkung</p> <p>15.10.21 BMI Referat B 2</p>
013	<p>Email: Das BMI liefert die abgestimmte Version der Vorbemerkung</p> <p>20.10.21 BMI Referat B 2</p>
014	<p>Email: Detailabstimmung von Reaspunkten mit einigen Ländern</p> <p>03.11.21 Cord-Henrik Moeller, Auswärtiges Amt Abt. OR 06 (Menschenrechte und Genderfragen)</p>
015	<p>Dokument: weitere Vorabversion der Antwort an Meizer</p>
016	<p>Email: Weitere Detailabstimmung zu 014, mit Anhang der Vorabversion der Antwort an Meizer (015).</p> <p>03.11.21 BMI Referat B 2</p>
017	<p>Email + Dokument: Verteilung der informellen deutschen Antwort an Meizer.</p> <p>komplett geschwärzt</p>
018	<p>Antwort des BMI auf die IFG Anfrage</p> <p>Dez. 2021 BMI Berlin, Drechsler</p> <p>Antragsteller IFG Anfrage</p>

Achtung, ist nicht nach fragen sortiert. Ist aber eher unerheblich, da in der finalen version wenig geändert wurde,

erklärt den Föderalismus in der deutschen Polizei urlaubsbedingte Vertretung übernahm diese Email

Anhang fehlt, aber selber Name wie bei Dokument 015. Es ist so aus ob Niedersachsterns Innenminister in CC ist.

soweit ich das sehe identisch zu 011, nach Fragen 1-6 geordnet!

2. Anhänge, nur einer wurde mir übermittelt! Die englische, finale Version sollte nach Übersetzung, Anfang Dezember übermittelt werden.

Ba-WG behauptet Gewalt durch Polizeibeamte sei die absolute Ausnahme und jeder einzelner Fall würde mit Konsequenz verfolgt werden, in Frage 5 werden aber mindestens 84 Beamte benannt die auf Demos wegen Straftaten angezeigt worden sind. Sämtliche Verfahren wurden entweder eingestellt oder laufen noch. Resultat war KEIN EINZIGES Disziplinarverfahren. Im nächsten Absatz wird sofort zum Gegenangriff übergegangen und über die angebliche Zunahme von Gewalt gegen Polizeibeamte berichtet.

Auch Berlin behauptet von sich eine „fest verankerten versammlungsfreundliche Einsatzphilosophie“ als „neutrale Garantin der Versammlungsfreiheit.“ Sie schütze „nicht das jeweilige Versammlungsthema sondern das Grundrecht der Versammlungsfreiheit.“

Ich werde über IFG die Korrespondenz zwischen Meizer und dem AA, sowie zwischen Meizer und Gelsel / dem Berliner Intensenator anfordern.

Angeblieh gäbe es auch keinen Schriftverkehr zwischen dem Intensenator Berlins und dem BMI vor und nach dem Besuch Meizers am 11.8. Das ist wenig glaubwürdig.

Die Frage warum die 60 Tage überzogen wurden ist denke ich hinlänglich, das hat einfach ewig gedauert.

Ob das Bmi nach Meizers Intervention Änderungen des Verhaltens der Polizei intern angeordnet hat bleibt im Dunkeln, diese Auskunft wurde verweigert, ich denke man muss da konkreter nachfragen.

Eher irrelevanter Diskurs über ein Musterpolizeigesetz von 1985

hier wurde nur ein kleines update an das AA gegeben Details zu den Fällen siehe Reiter „Fälle.“

Zu Fragen 1 & 2 wird behauptet, dass „deeskalatives und versammlungsfreundliches Verhalten“ „grundlegende Einsatzgrundsätze und gelebte Praxis der Polizei“ seien. Ein Muster übermäßiger Gewaltanwendung durch Polizeibeamte gegenüber friedlichen Demonstranten gäbe es nicht.

Zu Frage 5 (Zahl der Polizeibeamten gegen die wegen Vergehen auf Demos ermittelt wird), siehe extra Reiter „Frage 5“

Zu Frage 6: Zur Anpassung der laut Meizer auf Eskalation ausgelegten Einsatzanweisungen zeigt sich kein Bundesland bereit. Fast alle Bundesländer erwähnen die Verhältnismäßigkeitsprüfung und stellen Gewalt als angeblich ausschließlich letzte Konsequenz polizeilichen Handelns dar. (Ausnahme: Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein)

Diverse Anfragen wurden abgelehnt da das AA und nicht das BMI mit Meizer kommuniziert hat.

Personen

Cord-Henrik Moeller	AA	Referat OR 06 6 A	Menschenrechte und Genderfragen
Jürgen Merz	BMI	Referat V 1 4	Europarecht, Völkerrecht
Stefan (?) Hily	BMI	Referat B 2	Führungs- und Einsatzangelegenheiten der Bundespolizei
Axel Meyer	SMI Sachsen		
Jan Mueller	SMI Brandenburg		
Drechsler	BMI		hat die IFG Anfrage beantwortet / unterzeichnet

Fälle

Fall	Datum	Ort	Inhalt laut Melzer	Antwort an Melzer	link
1	19.04.21	Dresden	Mann liest aus dem Grundgesetz vor, wird gewaltsam zu Boden geworfen („Schwitzkasten“) unter Inkaufnahme von Verletzungen. Mann war weder gewalttätig noch verhielt er sich bedrohlich		https://twitter.com/ErikaEise/status/1421869378996477952
2	01.08.21	Berlin	75-jähriger versperrt versehentlich einem Polizeiauto den Weg. Polizist läuft aus dem Auto, stößt den Mann um, der stürzt und bricht sich die Schulter. Außerdem verletzt sich ein Kind. Die Polizisten verlassen den Ort des Geschehens ohne sich um die Verletzten zu kümmern.		https://twitter.com/MuctaxDivideel/status/1422109660520859650
3	01.08.21	Berlin	Polizist packt und wirft einen sich nicht bedrohlich verhaltenden Mann plötzllich rückwärts auf den Boden unter Inkaufnahme schwerer Verletzungen. Der Mann verletzle keine Abstandsregeln oder gefährdete Jemanden.		https://www.bitchute.com/video/VBYF6MvXTVwV/
4	01.08.21	Berlin	wehrlose Frau wird von vier Polizisten überwältigt und geschlagen. Die Frau stelle keinerlei Bedrohung dar.	n.m. Verfügbar	
5	01.08.21	Berlin	Mann beleidigt Polizisten, dieser schlägt den Mann zu Boden. Der Mann wandle zu keiner Zeit Gewalt an oder stelle eine Bedrohung dar.	n.m. Verfügbar	https://www.youtube.com/watch?v=NRWwSU1WFSQ
6	01.08.21	Berlin	Mann hält Polizisten davon ab andere Demonstranten zu schlagen. Wird am Boden festgehalten und trotz blutender Wunden weiter auf den Kopf geschlagen. Im Krankenhaus sagten die Beamten aus, die Wunden kämen von einem Sturz. Der Mann verhielt sich zu keiner Zeit des Videos gewalttätig. Er hat schwere Langzeitfolgen durch die Polizeigewalt.	n.m. Verfügbar	
7	01.08.21	Berlin	(Mein Kommentar: Es gibt weitere Videos von dem Vorfall, die auch das Vorgeschehen zeigen. In der Hand des zuschlagenden Polizisten sieht man eine illegale Schlagwaffe) Nicht gewalttätige ältere Frau. Polizist wirft sie ohne Vorwarnung zu Boden.		https://twitter.com/br1ete/status/1421790015806377990

Bundesland	Körperverletzungen insgesamt		Körperverletzungen auf Versammlungen		sonstige Vergehen auf Versammlungen		39 oder mehr		Verfahren eingeleitet	laufende Verfahren	Einstellung (Geldstrafe)	Verurteilte (Freiheitsstrafe)
	keine Angabe	400 (2020)	angeblich nicht ermittelbar	angeblich nicht ermittelbar	angeblich nicht ermittelbar	angeblich nicht ermittelbar	angeblich nicht ermittelbar	angeblich nicht ermittelbar				
Ba-Wü	keine Angabe	51	angeblich nicht ermittelbar	0	angeblich nicht ermittelbar	1	1	21	55	13	0	0
Bayern	keine Angabe	0	angeblich nicht ermittelbar	0	angeblich nicht ermittelbar	1	1	1	0	?	0	0
Berlin	keine Angabe	0	keine Angabe	0	keine Angabe	1	1	6	4	1	0	0
Brandenburg	keine Angabe	0	keine Angabe	0	keine Angabe	1	1	1	0	2	0	0
Bremen	keine Angabe	0	keine Angabe	0	keine Angabe	1	1	1	0	2	0	0
Hamburg	keine Angabe	5	angeblich nicht ermittelbar	5	angeblich nicht ermittelbar	1	1	6	5	1	0	0
Hessen	keine Angabe	0	angeblich nicht ermittelbar	0	angeblich nicht ermittelbar	1	1	6	5	17	0	0
MVP	keine Angabe	0	angeblich nicht ermittelbar	0	angeblich nicht ermittelbar	1	1	24	5	0	0	0
Niedersachsen	keine Angabe	0	keine Angabe	0	keine Angabe	1	1	6	5	17	0	2
NRW	keine Angabe	0	keine Angabe	0	keine Angabe	1	1	6	5	0	0	0
Rheinland-Pfalz	keine Angabe	0	angeblich nicht ermittelbar	0	angeblich nicht ermittelbar	1	1	44 (22 Verfahren)	16	6	0	0
Saarland	keine Angabe	0	keine Angabe	0	keine Angabe	1	1	0	19	6	0	0
Sachsen	keine Angabe	0	keine Angabe	0	keine Angabe	1	1	36	5	17	0	0
Sachsen-Anhalt	keine Angabe	0	keine Angabe	0	keine Angabe	1	1	11	3	0	0	0
Schleswig-H.	keine Angabe	6	keine Angabe	6	keine Angabe	1	1	4	4	0	0	0
Thüringen	keine Angabe	10	keine Angabe	10	keine Angabe	1	1	8	4	4	0	0
Bund	keine Angabe	0	keine Angabe	0	keine Angabe	1	1	10 oder mehr	0	10	0	0

